

INITIATIVE
GEGEN MILITÄRFORSCHUNG AN UNIVERSITÄTEN

Gewerkschaftliche
Studierendengruppe
Karlsruhe



attac
Karlsruhe



grün-alternative
Hochschulgruppe
Karlsruhe



Zivil-militärische Atomforschung am KIT Schluss damit!

Vortrags- und Diskussionsveranstaltung mit

Sylvia Kotting-Uhl MdB

(atompolitische Sprecherin GRÜNE Bundestagsfraktion)

29. April 2015, 18 Uhr

Redtenbacher-Hörsaal (Ehrenhof Uni-Haupteingang)

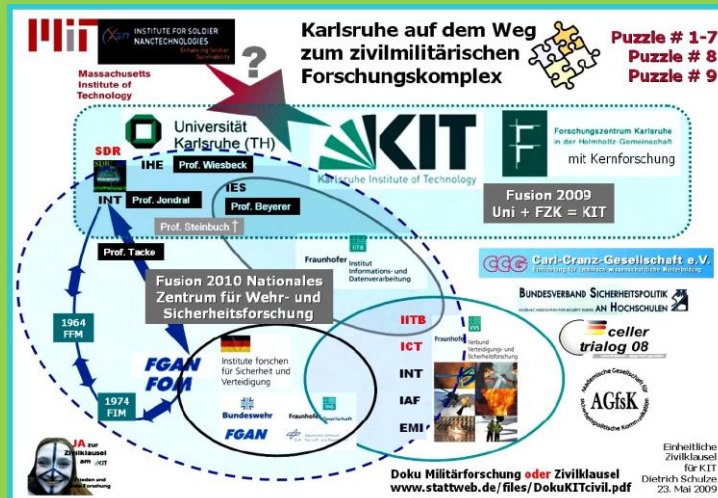
KIT und Militär als grafische Blütenlese 2015-2009



[Tabu-Bruch brechen jetzt](#) 08.04.2015
KIT im 6. Jahr „Kern- und Waffenforschung unter einem Dach“

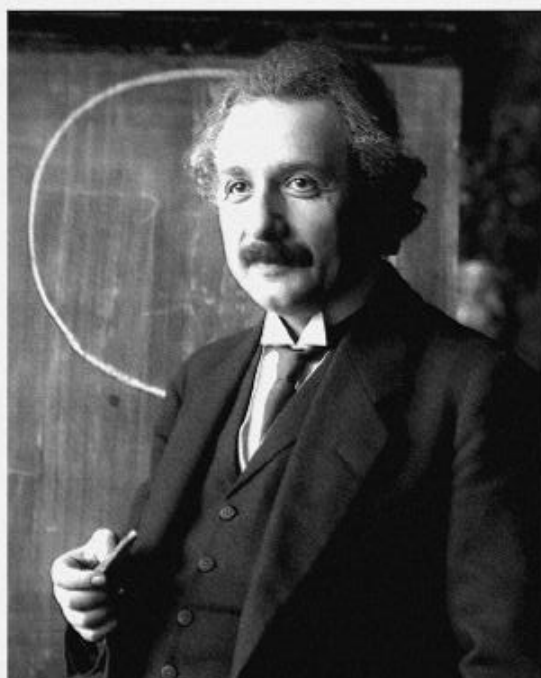


[Sagt dem Bombendeal adieu!](#) 19.11.14
Unterzeichnung deutsch-brasilianischer Vertrag 1978 im FZK. Quelle: Film „Bombenwahn“ 1989



[Zivilmilitärische Doppelberufung stoppen!](#) 20.03.13 Zivilklausel für KIT! Keine Integration mit Fraunhofer-Institut IOSB!

Fortsetzung
Rückseite



Die Freisetzung der
Atomkraft hat alles
verändert außer
unser Denkweise,
und deshalb treiben wir
auf Katastrophen zu,
die nichts ihres gleichen
haben,

(Albert Einstein)

Dokumentation zur Veranstaltung am KIT 29. April 2015 Redtenbacher-Hörsaal



Ergebnisbewertung

Die sechs Gruppen (s. logos) konnten mit Zufriedenheit registrieren, dass dem Aufruf zur Veranstaltung 60 TeilnehmerInnen gefolgt waren, darunter etwa ein Drittel Studierende.

Neben den angekündigten ReferentInnen MdB Sylvia Kotting-Uhl, Dr. Wolff Geisler und Georg Rammer konnten zwei Überraschungsgäste begrüßt werden:

- Wilhelm Knobloch, der 91 Jahre alte Antiatom-Förderer, dessen verantwortungsbewusste und unermüdliche Arbeit in einer Video-Dokumentation **[1]** zusammen gefasst ist und der auch im Film „Bombenwahn“ ausführlich portraitiert wird.
- Harry Block **[2]** ebenfalls portraitiert im „Bombenwahn“, war ursprünglich wegen Teilnahme als kritischer Aktionär an der EnBW-Jahreshauptversammlung verhindert, konnte sich aber noch rechtzeitig frei machen.

Der Ablauf konnte trotz komplizierter Themen und Randbedingungen mit 75 Minuten für alle Beiträge – aufgezeichnet vom Filmteam von Efstratia Dawood **[3]** - und 45 Minuten Diskussionszeit als gelungen angesehen werden.

Nadja Brachmann und Richard Marbach haben ihren Moderator*innen-Job überzeugend gemeistert. Etwa 15 TeilnehmerInnen beteiligten sich an der lebhaften Diskussion, darunter Harry Block.

Eine Freundin der grünen Jugend stellte die wichtige Frage nach den weiteren Perspektiven zum Thema. Hintergrund: Die Grüne Jugend steht weiter voll zur Zivilklausel für alle Unis und KIT [4].

Dass an der Perspektive weiter gearbeitet werden müsse, unterstrich Sylvia Kotting-Uhl mit der Erwartung, dass die Verschweigetaktik von KIT und Ministerien auch aufgrund der gültigen Transparenzbestimmung [5] im Landeshochschulgesetz vom März 2014 (§41a) überwunden werde.

Es bleibt bei der Forderung, den offengelegten Zivilklausel-Gesetzesverstoß durch Änderung des Forschungsprogramms zu überwinden.

Diese Antiatom-Veranstaltung war die erste öffentlich breit angekündigte dieser Art seit Jahrzehnten in einem Hörsaal der Atomforschungsgemeinde im KIT Campus Nord/Süd und deren Vorläufer.

Info-Material

Vor dem Hörsaal waren Flyer mit einem Vorbereitungsartikel vom 8. April mit dem Titel „Tabu-Bruch brechen jetzt!“ (Seiten 19-22) verteilt worden. Dazu eine kleine Korrektur: Das Institut IKET gehört zum KIT Campus Nord und unterliegt der dortigen Teilzivilklausel. Das Anliegen des im Nachtrag Nr. 1 benannten Briefs an drei MdLs mit einem Kompromiss-Vorschlag zur Novellierung des KIT-Gesetzes scheint überholt zu sein. Von einem Mitglied des Wissenschaftsausschusses ging am 31. Mai die Mitteilung ein, dass es die seit Februar [6] diskutierte Novellierung in dieser Legislaturperiode wohl nicht mehr geben werde.

Im Redtenbacher-Hörsaal war die Wandzeitung [7] vom März 2011 mit 450 Unterschriften für die KIT-Zivilklausel aufgestellt worden, die Hälfte international. Unter den hiesigen UnterzeichnerInnen MdB Sylvia Kotting-Uhl und der spätere MP Winfried Kretschmann.

Sylvia Kotting-Uhl legte einen Flyer [8] für die Karlsruher Atomtage 16.-19 Juli aus, sowie Exemplare des Atomkrimis von Wolf Schluchter "Die unheimliche Strahlkraft des GRAL".

Dokumentation

- **Seite 4** Pressemitteilung zur Veranstaltung vom 24.04.2015
- **Seiten 5-6** Plakat der Veranstaltung für die Plakatsäulen an der Uni, gleichzeitig Vorderseite des breit verteilten Flyers
- **Seiten 7-13** Beitrag von MdB Sylvia Kotting-Uhl
- **Seiten 14-16** Beitrag von Wolff Geisler
- **Seite 17** Stichworte zum Beitrag von Georg Rammer
- **Seite 18** Thematische Beschreibung der gewählten Ausschnitte aus dem Film „Bombenwahn“ vom 18.03.2015 für die vorzuführende Kurzfassung

- **Seiten 19-22** Tabu-Bruch brechen jetzt! NRhZ-Artikel 08.04.2015 über KIT Karlsruhe im 6. Jahr „Kern- und Waffenforschung unter einem Dach“
- **Seiten 23-26** Gesetzesbruch mit „Kriegs“ansage NRhZ-Artikel 03.12.2014 über zivil-militärische Atomforschung am KIT und KA der GRÜNEN Bundestagsfraktion
- **Seiten 27-28** Antwort Bundesregierung auf KA GRÜNE "Zivil-militärische Atomforschung am KIT" Bundestag Drucksache 18/3669 vom 22.12.2014

Quellen

[1] Video-Berichte über Wilhelm Knobloch aus den Jahren 2009 und 2010

https://www.youtube.com/watch?v=cFO_XbyQy7s

<https://www.youtube.com/watch?v=GYeFKCL-TbU>

<https://www.youtube.com/watch?v=eVdqS8nqLbM>

<https://www.youtube.com/watch?v=095g41ZiJEc>

[2] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20150418.pdf>

[3] <http://www.pnoes.de/>

[4] <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/deutsche-ruestungsindustrie-in-baden-wuerttemberg-in-der-krise-13553425.html>

[5] https://mwk.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-mwk/intern/dateien/pdf/Recht/Landtags-Drs_15_4996.pdf

[6] http://www.asta-kit.de/sites/www.asta-kit.de/files/umag/ventil_130_web_klein.pdf

[7] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20110324.pdf>

[8] <http://kotting-uhl.de/site/wp-content/uploads/2015/04/ATOMTAGE-Flyer.pdf>

Impressum

SprecherInnenkreis der Initiative gegen Militärforschung an Universitäten

Erstellt am 8. Juni 2015. WebDoku der Initiative

<http://www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.pdf>

Kontakt: Dr. Dietrich Schulze dietrich.schulze@gmx.de

Diskussionsveranstaltung mit Sylvia Kotting-Uhl, MdB
Grüne am 29. April um 18.00 Uhr

Zivil-militärische Atomforschung am KIT – Schluss damit!

Die Bundestagsabgeordnete und atompolitische Sprecherin der Grünen Bundestagsfraktion Sylvia Kotting-Uhl spricht über den Verstoß gegen die Teil-Zivilklausel für Großforschungsaufgaben im KIT-Gesetz aufgrund der zivil-militärischen Atomforschung am Institut für Kern- und Energietechnik (IKET) des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT). Das war Gegenstand einer Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Grünen Bundestagsfraktion. Das IKET betreibt Forschungen für geräuschlose Flüssigmetallkühlungen für große Atomreaktoren. Diese ist vor allem für Atom-U-Boote interessant, da eine geräuschlose Kühlung das Aufspüren eines solchen sehr erschwert wird.

Zusätzlich werfen wir einen Blick auf den historischen Hintergrund, allem voran die Geschichte des ehemaligen Kernforschungszentrums Karlsruhe. Es werden Auszüge aus dem Film „Bombenwahn“ aus dem Jahre 1989 gezeigt. Der Film zeigt die Methoden des früheren Kernforschungszentrums auf, durch Atomtechnologie-Exporte vorwiegend in Diktaturen wie Argentinien, Brasilien und Südafrika das völkerrechtliche Atomwaffen-Verbot zu unterlaufen. Einleitende Worte hierzu kommen von Sigfried Mutschler-Firl und Georg Rammer, die 1989 den Dokumentarfilm „Bombenwahn“ erstellt haben. Dr. Wolff Geisler aus Köln wurde im Film porträtiert und tritt heute als Zeitzeuge auf für den Technologie-Transfer des KIT-Vorgängers Kernforschungszentrum an Diktaturen unter Mitwirkung des ehemaligen SS-Kriegsverwaltungsrat Rudolf Greifeld. Dabei ist auch die Filmemacherin Efstratia Dawood, die an dem Dokumentarfilm „Gefangen im Gesetz der Entmenschlichung“ über das Schicksal des von Greifeld verfolgten jüdischen Wissenschaftlers Léon Gruenbaum arbeitet.

So rundet sich deutsche Geschichte in verschiedenen Ebenen zu einem erschreckenden Gesamtbild. Die Intention der Veranstaltung ist Aufklärung und Bewusstmachung von absichtsvoll Verborgenen. Wir möchten besonders den Studierenden ein Bild der Wirklichkeit zeichnen, damit sie ihren eigenen Weg finden können, im Studium, in der Forschung und am künftigen Arbeitsplatz verantwortungsbewusst zu leben.

Veranstaltung: Zivil-militärische Atomforschung am KIT – Schluss damit!

Ort: Redtenbacher-Hörsaal, KIT Campus Süd

Termin: Mittwoch, 29. April um 18:00 Uhr

Veranstalter*innen: AStA des KIT, Initiative gegen Militärforschung an Universitäten,
Gewerkschaftliche Studierendengruppe Karlsruhe, attac Karlsruhe, Grüne Alternative Liste am KIT,
Grün-Alternative Hochschulgruppe Karlsruhe

Weiter Informationen:

Antwort Kleine Anfrage Grüne Fraktion <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/036/1803669.pdf>

Gesetzesbruch mit »Kriegs«ansage <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=21053>

Plakat der Veranstaltung http://galka.blogspot.de/images/KIT_Zivil_Militaerische_Forschung.pdf

Bei Rückfragen wenden sie sich an:

Nadja Brachmann unter nadja@freiebildung.de

oder Mobil unter 0176/25959132

Richard Marbach unter richie@usta.de



Zivil-militärische Atomforschung am KIT Schluss damit!

Vortrags- und Diskussionsveranstaltung mit

Sylvia Kotting-Uhl, MdB

(atompolitische Sprecherin GRÜNE Bundestagsfraktion)

Mittwoch, 29. April 2015, 18 Uhr

Redtenbacher-Hörsaal (Ehrenhof Uni-Haupteingang)

**Historischer Hintergrund mit Auszügen aus
dem Film „Bombenwahn“ (1989) und
interessanten Gästen**

INITIATIVE
GEGEN MILITÄRFORSCHUNG AN UNIVERSITÄTEN

Gewerkschaftliche
Studierendengruppe
Karlsruhe



attac
Karlsruhe



grün-alternative
Hochschulgruppe
Karlsruhe



Kontakt: Nadja Brachmann nadja@freie-bildung.de Richard Marbach richie@usta.de April 2015

Sylvia Kotting-Uhl ist Mitglied des Bundestages (MdB) und atompolitische Sprecherin der Grünen Bundestagsfraktion. Sie spricht über den aktuellen Verstoß gegen die Teil-Zivilklausel des KIT.



Der Film „**Bombenwahn**“ zeigt die Methoden des frühen Kernforschungszentrums auf, durch Atomtechnologie-Exporte vorwiegend an Diktaturen wie Argentinien, Brasilien und Südafrika das völkerrechtliche Atomwaffen-Verbot zu unterlaufen.

Die Filmemacher **Siegfried Mutschler-Firl** und **Georg Rammer** werden kurz in den Film von 1989 einführen.

Dr. Wolff Geisler, früher in der Anti-Apartheid-Bewegung aktiv, wurde im Film porträtiert. Er ist zu Gast und wird Gedanken beitragen.

Die Filmemacherin **Efstratia Dawood** erstellt eine Dokumentation über den jüdischen Wissenschaftler Léon Gruenbaum, der von dem Altnazi-Atommanager und KIT-Ehrensensator Rudolf Greifeld verfolgt wurde. Sie wird die Vorträge aufzeichnen.

Veranstalter*innen: AStA KIT, Initiative gegen Militärforschung an Universitäten, Gewerkschaftliche Studierendengruppe Karlsruhe, attac Karlsruhe, Grün-Alternative Hochschulgruppe Karlsruhe, Grüne Alternative Liste am KIT

Zivil-militärische Atomforschung am KIT - Schluss damit!

Mittwoch, 29. April 2015, 18:00 Uhr

Redtenbacher-Hörsaal KIT (Ehrenhof Uni-Haupteingang)

Vortrag von Sylvia Kotting-Uhl

„Jetzt bin ich der Tod geworden, Zerstörer der Welten.“ Mit diesem Zitat aus der indischen Mythologie kommentierte der Vater der Atombombe, Robert Oppenheimer, die Zündung der ersten Atombombe am 16. Juli 1945 in der Wüste von New Mexico. 22 Tage nach diesem offiziellen Beginn des Atomzeitalters am Morgen des 6. August 1945 explodierte die erste Uran-Bombe mit dem Namen „Little Boy“ über der japanischen Stadt Hiroshima. Drei Tage später, am 9. August 1945, warfen die USA „Fat Man“ über Nagasaki ab. Insgesamt kamen durch die beiden Atombomben 126 000 Menschen sofort um, 90 000 Menschen starben nach offiziellen Angaben an den Folgen.



Als er die Auswirkungen der Abwürfe gesehen hatte, verurteilte Oppenheimer den weiteren Einsatz der Bombe, arbeitete nach dem Krieg als Berater der neugegründeten US-amerikanischen Atomenergiebehörde und nutzte diese Position dazu, sich für eine internationale Kontrolle der Atomenergie und gegen ein nukleares Wettrüsten zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten einzusetzen. Rückgängig machen konnte er aber weder seine Erfindung, noch die durch sie verursachten Zerstörungen.



Im August 1955 begann in Genf das Zeitalter der sogenannten zivilen Nutzung der Atomkraft auf der ersten, besonders einflussreichen Konferenz der Vereinten Nationen. Dwight D. Eisenhower befürwortete die friedliche Nutzung der Kernenergie in den Teilen der Welt, die noch nicht im Besitz von Atomwaffen waren. Atome für den Frieden. Die Forscher reagierten begeistert auf die neue Devise und vor allem in der jungen Bundesrepublik war die Euphorie besonders groß. Konrad Adenauer gründete im Oktober 1955 ein Bundesministerium für Atomfragen. Zuständiger Minister wurde Franz-Josef Strauß, der für Deutschland die Chance sah, sich mittels

Kerntechnik in „der vordersten Reihe der Industrienationen behaupten zu können“. Er wollte allerdings auch die atomare Bewaffnung Deutschlands und das war wohl die prioritäre Motivation. Die SPD ging davon aus, dass die „Atomenergie ... zu einem Segen für hunderte von Millionen Menschen werden [würde], die noch im Schatten leben“ (SPD-Atomplan von 1956).

Umgerechnet 100 Millionen Euro staatlicher Gelder flossen in den Bau der ersten drei Reaktorprojekte in Gundremmingen, Lingen und Obrigheim. Und auch in den 70er Jahren wurde der Ausbau der Atomenergie unter der sozialliberalen Regierung mit

Hochdruck betrieben. Es brauchte erst das Erstarren der Antiatombewegung, es brauchte Tschernobyl und es brauchte schließlich noch Fukushima, um zumindest dem gesamten deutschen Bundestag klar zu machen, dass das Ende der Atomkraft sinnvoll ist - mochten die persönlichen Begründungen auch unterschiedlicher Natur gewesen sein und teilweise auf inhaltlicher Überzeugung, teilweise auf taktischen Überlegungen beruht haben.

Allerdings ist dieser Atomausstieg bis heute nicht in allen Bereichen vollzogen und es ist von der Bundesregierung auch gar nicht beabsichtigt, ihn in allen Bereichen zu vollziehen. Ich rede jetzt nicht von dem AKW-Abschaltplan, der sich noch bis 2022 zieht, sondern von den Atomfabriken in Gronau und Lingen. Gronau ist die Fabrik, in der die Bombe gebaut werden kann - sie wird zurzeit auf dem Markt gehandelt und soll verkauft werden. Man kann nur hoffen, dass sie zumindest inklusive funktionierender demokratischer Kontrolle verkauft wird. Ginge es nach uns Grünen, würden die Urananreicherungsanlage Gronau genauso wie die Brennelementefabrik Lingen abgeschaltet.

Der zweite Punkt, an dem die Bundesregierung den Atomausstieg nicht vollzieht, ist das absolute Desinteresse an den Risiken grenznaher AKWs. Wenn man einen Atomausstieg ethisch damit begründet, dass das Risiko der eigenen Bevölkerung nicht länger zuzumuten ist, dann muss man auch das Risiko beachten, das von Atomkraftwerken ausgeht, die direkt an der Grenze stehen. Fehlanzeige.

Und der dritte Punkt ist die Forschung. Wir forschen an Transmutation, an Kernfusion, an der vierten Generation von Reaktoren. Aber dazu nachher mehr.

Die Bundesregierung verweigert also den Komplettausstieg und bremst sogar bei der atomaren Abrüstung.

In New York tagt derzeit die neunte Überprüfungskonferenz des 1970 in Kraft getretenen Vertrages über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen, auch Atomwaffensperrvertrag genannt. Ein Erfolg der Konferenz durch eine im Konsens aller 191 Vertragsstaaten verabschiedeten Abschlusserklärung ist ungewiss und unter anderem dadurch gefährdet, dass die USA unter dem Label der „Modernisierung“ – was in diesem Fall Aufrüstung heißt - ihre in der Eifel lagernden Atombomben vom Typ B61 durch neue Systeme ersetzen wollen, die zielgenauer sind und eine größere Zerstörungskraft besitzen. Rund 1000 der alten Sorte gibt es noch weltweit, vermutlich ein Drittel davon lagert in Deutschland.

Der Bundestag hatte im Mai 2010 die Bundesregierung aufgefordert – in breiter, fast das ganze Parlament umfassender Mehrheit übrigens – die USA zum vollständigen und ersatzlosen Abzug der B-61 Bomben aus Deutschland zu veranlassen. Diesem Auftrag ist die Bundesregierung bis heute nicht nachgekommen. Mit dem Abzug aller US-amerikanischen Atomwaffen aus Deutschland würde auch die nukleare Teilhabe Deutschlands in der Nato beendet. Die gibt es tatsächlich, denn im Kriegsfall ist durchaus beabsichtigt, auch Kampfflugzeuge der Bundesluftwaffe mit diesen B61-Bomben zu bestücken. Und die Frage steht im Raum, ob die BRD damit gegen den Atomwaffensperrvertrag verstößt – vielleicht muss man sagen: zum wiederholten Male verstößt.

Kommen wir jetzt zur Forschung in einer Zeit, in der es nicht mehr ganz so einfach ist, Dinge zu verheimlichen, einfach wegzulügen – ich sage "nicht ganz so einfach", ich sage nicht, dass es vorbei ist, das ist leider überhaupt nicht so.

Da ist das Problem der unübersichtlichen zivilmilitärischen Forschung „Dual Use“. „Dual Use“ klingt irgendwie praktisch, nach Wiederverwendung. Es handelt sich - ich nehme an, das wissen hier alle - um Güter, die sowohl zivil, als auch militärisch genutzt werden können. Wie zum Beispiel die waffenfähigen Chemikalien, die die Bundesregierung an das Assad-Regime in Syrien noch zu Beginn des Bürgerkriegs im Jahr 2011 geliefert hat.

Wofür gibt das Militär Geld? Seit dem Jahr 2000 hat das US-Verteidigungsministerium nach Recherchen des NDR und der Süddeutschen Zeitung Projekte an mindestens 22 deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten unterstützt. Darunter sind auch Universitäten, die sich eigentlich zu ausschließlich friedlicher Forschung verpflichtet haben. Insgesamt flossen seit 2000 mehr als 10 Mio. Dollar des US-Militärs in deutsche Forschung. Allein ein Max-Planck-Institut, die Fraunhofer-Gesellschaft, das Alfred-Wegener-Institut und ein Leibniz-Institut erhielten Mittel des Pentagon in Höhe von zusammen 1,1 Millionen Dollar. Das KIT hat seit 2003 fünf Pentagon-Aufträge im Gesamtwert von über 1 Million Euro erhalten. Nach Angaben der betreffenden Universitäten handelt es sich natürlich immer um reine Grundlagenforschung. Da sei mir der kurze Ausblick erlaubt, dass das ähnlich ist wie in der Kernfusion: diese Forschung wird auch im politischen Raum bis in die Reihen der SPD damit verteidigt, dass das ja Grundlagenforschung sei. Dabei hat man noch nie gehört, dass Kernfusion mit irgendetwas anderem begründet wird, als mit den Massen von Energie, die bei der Anwendung zu erwarten seien.



Dual Use-Projekte wie GMES können den Klimawandel ebenso beobachten wie „Terrorismus“

Woran hat also das Militär wohl Interesse? Nicht nur das US-Militär lässt forschen, auch das deutsche Verteidigungsministerium überweist den Universitäten jedes Jahr Millionen für Wehrforschung, wehrtechnische und sonstige militärische Entwicklung und Erprobung. Aber Deutschland ist nicht die USA und Militärforschung nicht überall gerne gesehen. Einige deutsche Hochschulen, darunter Konstanz, Göttingen, Darmstadt und Ilmenau, haben sich über sogenannte Zivilklauseln in ihren Satzungen selbst verpflichtet, nicht für Militär zu forschen. Aber die Universitäten handeln oft anders. Die Schwierigkeit, Militärisches und Ziviles voneinander abzugrenzen, hilft den chronisch klammen Unis sich herauszureden. Wenn fast alle Forschung *auch* für den Krieg verwendet werden kann, trifft ja der Vorwurf kaum noch, man betreibe kriegsrelevante Forschung - weil ja fast alles darunter fällt. Das heißt, „Dual Use“-Güter stützen letztlich auch die rein die militärische Forschung, zumindest lässt sich mit ihnen argumentieren.

Kommen wir zum KIT. Das KIT und die Atomkraft scheint eine Beziehung auf Dauer zu sein. Karlsruhe war die Wiege der Atomkraft, das hat der Film nochmal eindrucksvoll gezeigt. Der Zusammenschluss der Hochschule mit dem ursprünglichen „Kernforschungszentrum“, damals nur noch „Forschungszentrum“, zieht auch die Hochschule ins atomare Geschäft. Der frühere Präsident Hippler hat noch 2010 zusammen mit rund 40 Anderen großformatige Zeitungsanzeigen gegen den Atomausstieg geschaltet. Und das KIT ist Mitglied in fünf Atomlobby-Vereinen, unter anderem im größten und reichsten, dem deutschen Atomforum. Und wenn man die militärische Komponente ins Auge nimmt, dann fällt auf, dass das MIT so sehr das Vorbild für das KIT sein soll. Das MIT wird nicht zu unerheblichem Teil vom Pentagon finanziert. Und der Leiter des hiesigen Instituts für Nachrichtentechnik, Jondral, sagt: „Daran stört sich dort keiner ... Warum hier?“

Die zivilmilitärische Atomforschung am KIT ist eine ziemlich komplexe Gemengelage. Atomkraft ist ja bekanntermaßen per se eine Risikotechnologie, in der sich schon rein technisch gesehen Ziviles und Militärisches vermischen. So kann jede zivile Atomanlage ein gefährliches militärisches Angriffsziel werden, und radioaktive Stoffe wie Plutonium und hochangereichertes Uran werden sowohl zivil genutzt als auch zum Bau von Sprengköpfen verwendet. In allen Ländern, die Atombomben besitzen, hat die Entwicklung der Waffen vom Zivilsektor profitiert und umgekehrt.

Das KIT hat keine Zivilklausel, aber im Paragraph 2 Absatz 3 des KIT-Gesetzes vom 14. Juli 2009 wird festgelegt, dass das KIT „zur Wahrung der Großforschungsaufgabe im Interesse der Allgemeinheit Forschung und Entwicklung zu friedlichen Zwecken vorwiegend auf dem Gebiet der Technik und ihrer Grundlagen“ betreibt.

Forschungsministerin Wanka ist durch die Vergabe relevanter Forschungsgelder an die Helmholtz-Universitäten mit verantwortlich für das, was hier getan wird. Auf meine

Kleine Anfrage „Zivilmilitärische Atomforschung am KIT“ hat mir die Bundesregierung am 22.12.2014 geantwortet: „soweit der Bundesregierung bekannt und laut Stellungnahme des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT) werden keine „U-Boot- oder SMR-relevanten Forschungsprojekte“ am KIT durchgeführt“. Ich hatte gefragt: „Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über bereits bestehende U-Boot- oder SMR-



relevante Forschungsprojekte am KIT (auch im Sinne von „Dual Use“, bitte detailliert nach den folgenden Bereichen aufschlüsseln: Elektromobilität: Batteriespeicher, Antriebstechnik; Wasserstofftechnologie: Antriebstechnik, Lagerung, Explosionsprävention bei kleinen, kompakten Reaktoren; Reaktortechnik, Flüssigmetallkühlung; numerische Simulationen; Materialwissenschaften)?“ Laut Bundesregierung gibt es das alles nicht hier und das erstaunt doch.

Im Widerspruch dazu steht unter anderem ein Vortrag von Herrn Chen über die KIT-Forschung, in dem er sich mit der Reaktorkühlung mittels Blei-Wismut-Flüssigmetallkühlung (LBE) beschäftigt. Einsatzgebiete des LBE als Kühlmittel seien laut Chen Transmutation, Beschleunigergetriebene Systeme, schnelle Reaktoren der neuen Generation und russische U-Boot-Reaktoren. Die Quelle – da ich im Vorfeld unserer

Veranstaltung gehört habe, wir würden hier Dinge behaupten, die gar nicht belegt seien – die Quelle ist "Chen: On LBE natural convection and its water experimental simulation" auf der 16. International Conference on Emerging Nuclear Energy Systems in Madrid, Spanien, 26. bis 30. Mai 2013. Es ist nicht allzu schwer, das im Netz zu finden.

Ich habe Frau Wanka daraufhin nochmals angeschrieben und gefragt, wie sie denn zu diesem Widerspruch stehe. Darauf hat mir ihr Staatssekretär geantwortet: „Sehr



geehrte Frau Kollegin, vielen Dank für Ihre Schreiben vom 4.2.2015 zur zivilmilitärischen Atomforschung am Karlsruher Institut für Technologie an Frau Bundesministerin Prof. Dr. Wanka, die mich gebeten hat, zu antworten. Soweit dem Bundesministerium für Bildung und Forschung bekannt und nach Stellungnahme des KIT, besteht kein Widerspruch in Bezug auf die Antworten auf die Kleine Anfrage und den von Ihnen genannten Tätigkeiten des Instituts für Kern- und Energietechnik. Die von Ihnen zitierten

Aussagen von Herrn Dr. Chen können anhand der angegebenen Quellen und nach Prüfung des KIT nicht nachvollzogen werden." So einfach ist das: Frage-und-Antwort-Spiel im Parlament.

Es gibt einen weiteren Widerspruch, weil Fragen und die Antworten der Kleinen Anfrage ans Forschungsministerium sich sowohl auf SMR (Small Modular Reactors) beziehen, wie auch auf diese Flüssigkeit, mit der man unter anderem U-Boote antreiben und diese damit für den Feind weniger sichtbar und hörbar, da geräuschloser, machen könnte. Durch den Vortrag, den Dr. Chen in Madrid gehalten hat, gibt es einen Beleg dafür, dass daran hier tatsächlich geforscht wird. Es gibt aber auch Belege dafür, dass an SMRs geforscht wird. Es gab im Dezember 2013 ein Kolloquium zu SMRs hier im KIT. Auch das steht im völligen Widerspruch zu der Aussage, die Ministerin Wanka in Absprache - so sagt sie - mit dem KIT getroffen hat. Diese kleinen modularen Reaktoren für „die Welt von Morgen“ – so wirbt das Forum Nucléaire Suisse dafür – sind Reaktoren, die ungefähr 45 Megawatt erzeugen können und die fast alle bis heute bekannten Reaktor-Konzepte vertreten können. Sie haben geringere Kapitaleinsätze beim Bau und man kann die Fertigung auf einer Produktionsstraße vornehmen. Also jede Menge Vorteile für die Verbreitung der Atomkraft. Für die zivile Nutzung sind sie in Entwicklung und im militärischen Bereich sind sie längst im Einsatz als Schiffsantriebe. Die Quelle dafür ist das Faktenblatt vom Dezember 2010 des Forum Nucléaire Suisse.

Atomforschung ist auch im sogenannten Zivilbereich teuer und intransparent. Die Atomforschung hat ein gewaltiges Transparenzproblem. Da sie von der Bevölkerung skeptisch bis sehr kritisch wahrgenommen wird, versucht man die immensen Summen, die in die Erforschung atomarer Technologien fließen, nicht an die große Glocke zu hängen, sondern lieber im stillen Hinterzimmer zu lassen. Um an detaillierte Aufschlüsselungen zur Mittelverwendung zu gelangen, hilft nur hartnäckiges Nachfragen bei der Bundesregierung mittels Kleiner Anfragen, Schreiben an Ministerinnen und Minister,

mündlicher und schriftlicher Fragen. Und sehr oft sind die Antworten dann ähnlich wie die, die ich gerade von Frau Wanka und ihrem Staatssekretär zitiert habe.

Die Atomforschung verschlingt Unsummen. Im Energieforschungsprogramm 2011 bis 2014 600 Millionen. Das ist zusammen mit den 300 Millionen für Rückbau-, Endlager- und Sicherheitsforschung, was sinnvoll ist und was wir weiter fortführen müssen, ein Drittel des gesamten Energieforschungshaushalts. Ein Drittel dieses Haushalts geht in atomare Forschung, und davon wiederum zwei Drittel in die Erforschung solcher für unsere Zukunft absolut sinnloser Technologien, wenn wir den Atomausstieg ernst meinen: Kernfusion, Transmutation und die vierte Generation.

Zur Sicherheitsforschung muss ich noch sagen: nicht alles, was unter Sicherheitsforschung firmiert, ist das auch. Ich habe bei Recherchen während des Untersuchungsausschusses Gorleben ein Strategiepapier gefunden, das der damalige oberste Reaktoraufseher Hennenhöfer – er war es später nochmals – der damaligen ganz frischen Umweltministerin Angela Merkel geschrieben hatte. Und dort stand unter anderem drin – Tschernobyl war gerade passiert und Vorgänger Töpfer hatte gemahnt „Vorsicht, Vorsicht mit der Atomkraft“ – dass man weitere Entwicklungen von neuen Reaktortypen unter Sicherheitsforschung abhandeln sollte, denn neue Reaktortypen seien schließlich sicherer als alte. Also aufgepasst bei dem Begriff „Sicherheitsforschung“.

Ich habe 2013 nachgefragt, in welcher Höhe die Bundesregierung Atomforschungsprojekte am KIT fördert und in welcher Höhe diese Projekte durch Euratom-Gelder gefördert werden. Die Gelder, die über Euratom hierher fließen – und das sind dann ausschließlich atomare Projekte – waren während des 7. EU-Rahmenprogramms, das über fünf Jahre läuft, 17 Millionen. 17 Millionen aus Euratom sind hierher ins KIT geflossen. 17 Projekte davon sind eine Kooperation zwischen dem ITU und dem KIT. Und wenn gesagt wird, hier würde nicht an neuen Reaktoren geforscht, dann möchte ich einige Titel dieser Projekte nennen, z.B. „Advanced fuel for generation for reactors“, „Collaborative project for European Sodium forced reactor“ oder „Generation for transmutation materials“. Es handelt sich hierbei also eindeutig um Forschung für neue Reaktoren.

Was müssen wir nun tun? Das ist die große Frage. Eine Zivilklausel für die Uni Karlsruhe gibt es bisher nicht. Ich will nicht verhehlen, dass ich da nicht ganz einig bin mit meiner Wissenschaftsministerin in Baden-Württemberg und auch nicht glücklich mit einem Beschluss, den der baden-württembergische Kleintag gefällt hat und womit er einen Antrag der LAG Hochschule und Wissenschaft, den ich auch unterstützt hatte, abgelehnt hat.



Jetzt ist nicht die Zeit um ausführlich dazulegen, was dieser Beschluss an Empfehlungen enthält und welcher Versuch gemacht werden soll, doch irgendwie zu einem anderen Umgang mit dieser Forschung zu kommen. Aber ich glaube, klar ist, dass Wissenschaft nicht darauf verzichten darf, sich mit ihren Folgen auseinanderzusetzen. Wer Freiheit beansprucht, übernimmt auch Verantwortung. Zivilmilitärische Forschung muss da, wo sie stattfindet,

transparent sein und für alle interessierten Bürgerinnen und Bürger nachvollziehbar stattfinden. Nicht nur intern für die Universität - das hat sich, ausgehend von jenem Beschluss, jetzt in der Novellierung des Hochschulgesetzes niedergeschlagen.

Die Kernfrage, für mich zumindest, ist die Frage, ob die Freiheit der Forschung und die Autonomie der Hochschulen – beides hohe Werte, wobei man bei der Autonomie der Hochschulen schon ein Fragezeichen setzen muss, da der Zwang zur Drittmittelwerbung dermaßen stark geworden ist – ob diese beiden hohen Werte verbieten, einen ethischen Rahmen für Forschung zu setzen. Und eigentlich gibt die Haltung Deutschlands zur Stammzellforschung schon die Antwort. Wenn man den Atomausstieg ernst meint in Deutschland, dann muss das auch heißen: Ausstieg aus der atomaren

Forschung. Demgegenüber sagen die, die gerne daran forschen: „Wir müssen international mithalten können“. Wobei, frage ich mich, müssen wir international mithalten können? Wenn wir den Ausstieg aus der Transmutation, aus der Kernfusion und aus der vierten Generation der Reaktoren hier vollziehen würden, dann würden wir allein im deutschen Energieforschungsprogramm 600 Millionen einsparen. Würden wir aus ITER und aus Euratom aussteigen, was



eigentlich auch die Konsequenz aus dem hier beschlossenen Atomausstieg wäre, wäre es viel mehr – ein Vielfaches. Schießt sich ein Land oder auch eine Universität aus der internationalen Debatte, wenn sie ihre Forschung auf die noch fehlenden Bausteine einer Energiewende konzentriert?

Beim KIT kommt zu dem nicht vollzogenen Atomausstieg natürlich das Kernproblem der Atom- und Waffenforschung unter einem Dach hinzu. Und damit komme ich am Schluss zum Stichwort „Tabus“: Das ist ja ein Stichwort der Überschrift der Veranstaltung. Ich als direkte Nach-68erin – 68 war ich 15 – fand damals nichts toller, als Tabus zu brechen, und nichts wichtiger in der damaligen Gesellschaft, als Tabus über den Haufen zu werfen. Heute bin ich der Meinung, dass dem Überleben ein paar Tabus dringend nottun. Und deshalb lasst uns Mut zu notwendigen Tabus haben und Tabu-Brüche, wo sie nicht angebracht sind, benennen und gemeinsam versuchen, sie zu verhindern.

Rede von Wolff Geisler zur Veranstaltung „Zivil-militärische Atomforschung am KIT. Schluss damit!“ am 29.04.2015

Zivil-militärische Atomforschung stoppen, ist diese Forderung hysterisch, überflüssig?

Die Bundesregierung und die meisten Medien betonen, Deutschland sei eine gefestigte Demokratie, eingebunden in Menschenrechte und Gewaltenteilung der westlichen Demokratien. Jedoch Kanada, Spanien, Luxemburg, Niederlande, Belgien, Großbritannien, Dänemark, Schweden, Norwegen sind Monarchien, in denen die Mehrheit der Bevölkerung die ererbte Untertanengeste genießt.

Die NATO-Staaten waren zum großen Teil Kolonialstaaten: Belgien, Niederlande, Frankreich, Großbritannien, Dänemark, Portugal, Spanien, Italien, Deutschland, USA. Es bleibt unerwähnt, dass heute Frankreich in Afrika und in der Karibik und im Südpazifik Kolonien hat, dass die Niederlande und Großbritannien in der Karibik Kolonien haben, dass Spanien in Nordafrika und Italien in Djibouti kolonial präsent sind, die USA im Südpazifik und in Kuba. NATO-Staaten waren Sklavenhalter: Großbritannien, USA, Spanien, Portugal, Dänemark, Frankreich, Preußen, Litauen. Daher stammt ihr Reichtum.

Ja, aber das sollen heute bedeutungslose Grausamkeiten der Vergangenheit sein. Seit der Niederringung des NS-Staates Deutschland wären in den NATO-Staaten Rassismus und Militarismus überwunden trotz gesetzlichem Rassismus damals in den USA, Großbritannien, Frankreich, Portugal.

Der Indochina-Krieg Frankreichs mit 50% deutschen SS-Fremdenlegionären, der USA-Vietnam-Laos-Kambodscha-Krieg mit Agent Orange von Boehringer, mit 3 Mio. Toten und heute Millionen Menschen mit Behinderungen, der Krieg Frankreichs in Algerien mit 1 Mio. Toten, die Kolonialkriege der NATO gegen die portugiesischen Kolonien, die Kolonialkriege Großbritanniens gegen Indien, Kenia, Zimbabwe, der Kampf der NATO Staaten für die Apartheid in Südafrika sprechen eine andere Sprache.

Die Irak-Kriege der USA mit 500.000 totgeborenen Kindern, mit 500.000 Kindern mit Fehlbildungen, das 35jährige Morden in Afghanistan, zuerst durch die Sowjet-Union, heute durch die NATO, zeigen unveränderte Brutalität.

Die USA haben im besiegten Japan 1945 300.000 Menschen mit Atombomben ermordet.

In Kamerun, in der Region des Nyos-Sees, wurden 1986 2.000 Menschen offensichtlich durch eine Neutronenbombe getötet. Am Tag nach der Explosion trafen 18 israelische Ärzte, begleitet von dem staatsbesuchenden Shimon Perez, dort ein. Sie machen eine israelische Täterschaft sehr wahrscheinlich.

Ja, aber Deutschland soll sich an militärisch-nuklearen Aktivitäten nie beteiligt haben. Das Gegenteil ist der Fall. Kein anderer Staat hat derartig den Atomwaffensperrvertrag gebrochen.

Die Bundesrepublik Deutschland hatte sich vertraglich verpflichtet, auf ihrem Territorium keine Atomwaffen zu bauen.

Projekte deutscher Einrichtungen, in Staaten mit

a) undemokratischen Regierungen und

b) der Nichtunterzeichnung des Atomwaffen-Sperrvertrages haben zu Fähigkeiten der Produktion von Atombomben geführt.

- In Südafrika wurde die Urananreicherungsanlage nach dem Trenndüsenverfahren, die von der Gesellschaft für Kernforschung Karlsruhe entwickelt wurde, gebaut. Das Ende der Apartheid-Regierung war das Ende dieses Projektes. Aber es sollen neun Atombomben dadurch gefüllt worden sein. Niemand hier in Karlsruhe wurde deswegen gerichtlich belangt oder weggesperrt.
- 1975 sicherte Bonn Brasilien Uran-Anreicherung in Brasilien durch die Gesellschaft für Kernforschung Karlsruhe sowie acht Kernreaktoren zu. Als die Macht-Verhältnisse sich in Brasilien änderten, wurde das Projekt abgebremst, aber nicht gekündigt.
- Mit Argentinien wurde 1968 der Vertrag über die Lieferung eines Schwerwasser-Druckreaktors geschlossen. Dieser Typ ist zur Produktion und Entnahme von Plutonium ohne Betriebsunterbrechung geeignet.
- Die Pakistanische Urananreicherungs-Anlage nach dem Zentrifugen-Verfahren, wurde mit Ausbildungshilfe, einer Uranhexafluorid-Konversionsanlage, mit Zentrifugen und Messgeräten aus der Bundesrepublik Deutschland errichtet.
- Sechs modernste U-Boote, speziell ausgerüstet zum Abschießen von Lenkflugkörpern russischer Konstruktion, die mit atomaren Sprengköpfen bestückt werden, wurden an Israel geliefert, eines noch vor wenigen Wochen.

Ja, aber in den NATO-Staaten können und werden angeblich Willkür und Verletzungen der Menschenrechte durch unabhängige Gerichte in die Schranken gewiesen.

Brutal-arrogante Gesetzlosigkeit in Guantanamo und in Polen, und in Bulgarien in geheimen Folterzentren der USA, Geheimhaltungsfristen über 100 Jahre von Staatsgeheimnissen in Großbritannien und in Frankreich beweisen das Gegenteil.

Ja, aber hier in Deutschland funktionieren angeblich Demokratie, Gewaltentrennung.

75% der Bevölkerung sind gegen den Krieg Deutschlands in Afghanistan. Die Bundesregierung lässt gegen den Willen der hiesigen Bevölkerung bei Kundus Kinder und Erwachsene abfackeln, abgesegnet vom Bundesverfassungsgericht. 99% der Menschen hier wissen nicht, wie die Hauptstadt Malis heißt oder wie der Präsident dort heißt. Aber in unserem Namen werden dort Menschen ermordet. Kein Staatsanwalt erhebt Anklage.

Private Strafanträge gegen die Lieferungen der für nukleare Abschüsse speziell konstruierten U-Boote an Israel, die gegen Grundgesetz, Kriegswaffen-Kontrollgesetz und Atomwaffensperrvertrag verstoßen, wurden von der Staatsanwaltschaft Kiel mit gewissenloser Rechtsverdrehung abgewiesen.

Es gibt wahrscheinlich bereits eine Mehrheit von Juristinnen, die nicht rassistisch urteilen, die Gerechtigkeit und nicht Unterdrückung wollen. Aber das Bundesverfassungsgericht ist weiterhin auf dem Rassismus-Trip.

Die Times, London hatte am 20.06.1942 berichtet, dass die Nazis Zigeuner blutig verfolgten. „Nazis now attacking Gypsies“. Aber der Bundesgerichtshof behauptete per Rechtsprechung im Januar 1956, dass bis Januar 1943 die, Zitat, „Zigeunerplage“ nicht wegen der Ziele der Deutschen Regierung, sondern wegen der kriminellen Eigenart der Opfer und auf Grund von militärischen Erfordernissen mit Ermordungen, Folter, Verschleppungen angegangen worden sei. Zitat Bundesgerichtshof „Sie neigen, wie die Erfahrung zeigt, zur Kriminalität, besonders zu Diebstählen und Betrügereien, es fehlen ihnen vielfach die sittlichen Antriebe zur Achtung von fremdem Eigentum, weil ihnen wie primitiven Urmenschen ein ungehemmter Okkupationstrieb zu eigen ist.“ Zitatende. Noch am 21.10.2014 waren die Präsidentin des Bundesgerichtshofes, Bettina Limberg, sowie weitere Richter dieser obersten Behörde nicht bereit, die bis heute unkorrigierte Rechtsprechung von 1956 als rassistisches Unrecht zu erklären. Das große Holocaust-Denkmal in Berlin selektiert auch heute die Erinnerung an diese „primitiven Urmenschen“ ähnelnden Personen durch Verschweigen.

Das Erwürgen des dunkelhäutigen Aamir Ageeb im Flugzeug durch Abschiebungs-Polizisten im Jahre 1998 wurde mit neunmonatiger Bewährung, das Verbrennen bei lebendigem Leibe des dunkelhäutigen Asylbewerbers Oury Jalloh 2005 in einem Polizeiraum in Dessau durch Polizisten, wurde mit 10.000 Euro Strafe bedacht. Ein qualvoll verbranntes Kind bei Kundus ist der Bundesregierung 5.000 € wert.

Das Abschalten der Atomkraftwerke ist der Bundesregierung nicht schwer gefallen. Sie wartete auf einen Anlass dafür. Denn die Anlagen waren leicht mit panzerbrechenden Waffen in den GAU-Zustand zu verwandeln. Das Abschalten beweist weder Friedfertigkeit noch funktionierende Demokratie

Wir müssen handeln. Ich schicke meine Frau nicht auf den Strich. Ich verkaufe keinerlei Drogen an Kinder. Ich baue nichts für Massenvernichtungsmittel.

Zivil-militärische Atomforschung am KIT: Schluss damit!

Georg Rammer am 29. April 2015 in der Diskussionsveranstaltung
"Zivil-militärische Atomforschung am KIT – Schluss damit!"
zur Einführung in den Film im Redtenbacher-Hörsaal KIT

„Bombenwahn, 33 Jahre KfK“

1. Hintergrund des Films „Bombenwahn“ von 1989

- Heftige Auseinandersetzungen um Kernenergie und NATO-Doppelbeschluss (Stationierung Atomraketen)
- Massiver Widerstand gegen Atomprojekte und -anlagen (Whyll, Brokdorf, Wackersdorf, Kalkar, Gorleben)
- Zusammenarbeit BRD mit Ländern mit Atom-Ambitionen

2. Ziele des Films

- Kritische Bestandsaufnahme des KfK (Geschichte und Funktion)
- Blick hinter die Fassaden: Geschichte: Warum Karlsruhe? Wer hat entschieden? Politik, Militär: Welche Interessen wurden verfolgt? Wer waren Hauptakteure?
- Nicht klar ergebnisorientiert, zumal die Filmmacher
- keine investigativen Journalisten sind; nur offen zugängliche Quellen verwendet und engagierte Kritiker (H. Block, W. Knobloch, W. Geissler) interviewt

3. Erkenntnisse & Ergebnisse

- Militärische Interessen, Begehrlichkeit: Plutoniumfabrik und know how, Fähigkeit zum Bombenbau
- Personelle Kontinuität vom Faschismus
- Widerstand der Bevölkerung missachtet, Beschwichtigungen und Lügen (z.B. Atomabfall kein Problem, kommunistische Agitation etc.)
- Zusammenarbeit mit Apartheidstaat, Militärdiktaturen

4. Resumee

- Aktualität des Films: Militärische Verantwortung weltweit, Überprüfung Atomsperrvertrag, ungelöste Entsorgungsfrage
- Film ist Beitrag zur Aufklärung über Interessen und Verquickung von Forschung und Militärstrategien
- KfK hatte Filmkopie gekauft, ohne Reaktion

Vollversion <https://vimeo.com/89016996>

Kurzversion : <https://vimeo.com/123114726>

Ausschnitte aus Film „Bombenwahn“ nach thematischer Beschreibung, Zeitfenster, Länge

19. Juli 1956 Strauß-Unterschrift FZK-Gründung mit Uranverein ab 1939 und Unterlaufung nach 1945 mittels Tarnorganisation „Physikalische Studiengesellschaft“ verbunden mit knackigem Wirtz-Interview (fehlendes Bombenmaterial)	01:41 bis 04:35	02:54
Adenauer und Strauß für Atombombe und Atomforschung	05:17 bis 05:41	00:25
NATO wollte Standort Karlsruhe (Speidelbrief) nicht München	06:20 bis 07:16	00:56
Taktik der Betreiber gegen „kommunistisch gelenkten“ Widerstand nach Aussage Knobloch. Dazu mit Nazi-Portraits von Greifeld und Ritter	14:08 bis 15:06	00:58
Harry Block über Wege zur Bombe – hier Schwerwasserreaktor – mündend in eindeutiger Haxel-Aussage (schriftlich)1952	17:04 bis 19:11	02:07
Wackersdorf und WAK direktester Weg zum Sprengsatz	28:03 bis 28:52	00:49
Tritiumlabor und Harry-Analyse dazu	30:19 bis 31:00	00:41
1. Beispiel Argentinien mit Rolle Schnurr	36:40 bis 38:50	02:10
2. Beispiel Brasilien und 3. Beispiel Südafrika	40:40 bis 50:19	09:39
Schluss-Passage mit Forderungen an FZK	55:28 bis 56:13	01:45
	Summe	21:21

Kürzung des Films von 57:21 min. um 36 min. auf 21:21 min.

Dietrich Schulze, 18. März 2015

An die Teilnehmer/innen der Veranstaltung mit MdB Kotting-Uhl am 29. April im Redtenbacher-Hörsaal der Universität Karlsruhe (KIT)

Der von der Referentin vorgetragene Verstoß gegen das KIT-Gesetz aufgrund einer zivilmilitärischen Atomforschung am Uni-Institut für Kern- und Energietechnik (IKET) hat eine lange Vorgeschichte. Gegen den Internationalen Appell vom Mai 2009 keine „Kern- und Waffenforschung unter einem Dach“ ist am KIT systematisch verstoßen worden. Bitte lesen Sie das anhand von 7 Beispielen in dem beigefügten Artikel nach. MdB Sylvia Kotting-Uhl wird sich konkret auf den Punkt VII. beziehen. Wenn Sie einen Blick in den Text werfen, können Ihnen interessante Zusammenhänge und Schlussfolgerungen vermittelt werden.

Für die Veranstalter: Nadja Brachmann und Richard Marbach (Veranstaltungsmoderator/in)

NRhZ-ONLINE
Neue Rheinische Zeitung

08.04.2015 Artikel in Neue Rheinische Zeitung <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=21484>

KIT Karlsruhe im 6. Jahr „Kern- und Waffenforschung unter einem Dach“

Tabu-Bruch brechen jetzt!

Von Dietrich Schulze

In einem Internationalen Appell [1a] [1b] forderten im Mai 2009 weltweit bekannte Persönlichkeiten, darunter der Bürgermeister von Hiroshima („Mayors for Peace“), von Bundesregierung, Landesregierung Baden-Württemberg und Uni-Administration den Verzicht des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT) auf jegliche Militärforschung. Bei dem im Entstehen begriffenen Zusammenschluss von Universität und Forschungszentrum Karlsruhe sollte die Universität die Zivilklausel des Forschungszentrums im Sinne einer einheitlichen Bestimmung für das gesamte KIT übernehmen.

Zugrunde lag die internationale Besorgnis eines Tabu-Bruchs, dass in Deutschland Kern- und Waffenforschung unter einem Dach betrieben werden könnte. Aufgrund völkerrechtlicher Bestimmungen galt für alle 1956 gegründeten Kernforschungsgesellschaften des Bundes die verbindliche Satzungsbestimmung „Die Gesellschaft verfolgt nur friedliche Zwecke.“ Diese für die gesamte Forschungspalette der früheren Gesellschaft für Kernforschung Karlsruhe, später Forschungszentrum Karlsruhe (jetzt KIT Campus Nord) gültige Zivilklausel musste auf die Universität übertragen werden, um einen Tabu-Bruch zu verhindern. Die Universität hat traditionell Militärforschung betrieben und setzt diese unter dem neuen Dach fort.

Der Internationale Appell wurde ignoriert. Ein entsprechender Offener Brief [2] zum Antikriegstag 2009 ebenso. An diesen Tabu-Bruch hat sich die Obrigkeit inzwischen als Normalität gewöhnt, auch die neue Grün-Rote Landesregierung in Baden-Württemberg. Dieser wurde in einem Offenen Brief [3] zum Antikriegstag 2011 der Bruch des Zivilklausel-Wahlversprechens vorgehalten. In der Zeitung gegen den Krieg 2011 [4] wird der Tabu-Bruch dargestellt und mit dem Hinweis auf die Kernforschungs-Altnazis Walther Schnurr, Rudolf Greifeld und Alfred Boettcher verbunden.-In einem Artikel in NRhZ Ende 2011 [5] mit dem Titel „Grün-Rot stellt Verzicht auf deutsche Atomwaffenforschung in



Bildquelle: Zeitung gegen den Krieg 2011 [4]

Beschriftung: Dietrich Schulze

Frage - Landesregierung BaWü gegen Zivilklausel für KIT“ wird der unerträgliche Sachverhalt erneut auf den Punkt gebracht.

Nun wird selbst gegen den Kompromiss im KIT-Gesetz von 2009 [6] verstoßen: Dort heißt es nämlich "Zur Wahrnehmung der Großforschungsaufgabe betreibt das KIT im Interesse der Allgemeinheit Forschung und Entwicklung zu friedlichen Zwecken vorwiegend auf dem Gebiet der Technik und ihrer Grundlagen." In einer öffentlichen Veranstaltung am 29. April 2015 in der Universität (KIT Campus Süd) sollen die Verstöße vorgetragen und Konsequenzen erörtert werden.

Nachfolgend sieben Belege für den fortgesetzten und immer unverschämter werdenden Gewohnheits-Tabu-Bruch. Es muss das Ziel sein, diesen unerträglichen Normalzustand mit der anstehenden Novellierung des KIT-Gesetzes durch Einführung der einheitlichen Zivilklausel zu überwinden.

I. MoU SDR „Software Defined Radio“

Wie schon im Zusammenhang mit dem überzeugenden Urabstimmungs-Votum der Studierenden für eine einheitliche KIT-Zivilklausel als begründendes Beispiel für die Uni-Militärforschung kam der Leiter des Instituts für Nachrichtentechnik (INT) Friedrich Jondral in einem Interview mit dem Tagesspiegel [7] auf den Punkt. Bei dem aus der US-Militärforschung übernommenen Forschungsprojekt „Software Defined Radio“ geht es um Signalverarbeitung in Kommunikationsnetzen, die besonders für Soldaten in multinationalen Truppen geeignet sind und dem effizienteren Töten dienen. Nach Jondral gehört die Uni-Forschung für das Militär zu einem autarken Deutschland, das sich selbst verteidigt. „Das Massachusetts Institute of Technology (MIT) in den USA zum Beispiel werde zu einem nicht unerheblichen Teil vom Pentagon finanziert. Daran störe sich keiner.“ erklärte Jondral der Presse. Spätestens nach einer solchen Offenbarung, das vollständig militarisierte MIT als KIT-Vorbild darzustellen, war der beabsichtigte Tabu-Bruch „Kern- und Waffenforschung unter einem Dach“ und damit die Verhöhnung des Internationalen Appells nicht mehr zu übersehen. Diese Forschung im INT (jetzt Zusatz CEL) geht bis heute weiter und wird auf internationalen Militärkonferenzen berichtet.

II. Kooperation Uni mit FGAN-FOM

In dieser Pressemeldung wurde eine weitere Militärforschungs Kooperation der Uni mit der Forschungsgesellschaft für Angewandte Naturwissenschaften (FGAN) Forschungsinstitut für Optronik und Mustererkennung (FOM) in Ettlingen nahe Karlsruhe benannt. Das vom BMVg finanzierte Rüstungsforschungsinstitut FGAN-FOM ging aus einer Ausgründung aus obigem INT im Jahr 1964 hervor und die enge Verbindung ist geblieben. Der Chef des FGAN-FOM, Maurus Tacke, wurde zugleich INT-Lehrbeauftragter. Die taz zitierte in ihrem Bericht „Karlsruher Superuni auf Kriegspfaden“ [8] dazu den Autor mit den Worten: „Karlsruhe ist auf dem Weg zu einem zivil-militärischen Forschungskomplex.“

III. Uni-Kerntechnik-Institute IFRT und IKR außerhalb Zivilklausel

Ab Ende 2008 war mit der Einrichtung des „Instituts für Fusionstechnologie und Reaktortechnik“ (IFRT) in der Maschinenbau-Fakultät der Uni begonnen worden. Dort gab es bereits das „Institut für Kerntechnik und Reaktorsicherheit“ (IKR) unter Leitung von Prof. Dan Gabriel Cacuci, der in mehreren reinen US-Kernwaffenlabors (später zivil-militärische Forschung) Erfahrungen gesammelt hatte. In der Antwort der Bundesregierung [9] Drs 16/13773 vom Juli 2009 auf die Bundestagsanfrage DIELINKE hieß es: „Aus Sicht der Bundesregierung ist die Trennung von Nuklearforschung und Rüstungsforschung am KIT beizubehalten.“ Da die „Kerntechnik“ von Beginn an zu den Großforschungsaufgaben gehörte, wäre es unerlässlich gewesen, zumindest diese beiden Uni-Institute in den Geltungsbereich der Zivilklausel-Bestimmung einzubeziehen. Der Tabu-Bruch wurde hiermit völlig eindeutig vollzogen von beiden damals regierenden CDU-geführten Bundes- und Landesregierungen. Die internationalen Befürchtungen, dass hier auf leisen Sohlen ein Weg zu deutscher Kernwaffenforschung beschritten werden kann, waren und sind berechtigt [10].

IV. Fusion FGAN-FOM zum FhG-IOSB und „kognitive Automobile“

Es dauerte nicht lange bis die in Ziff. II beschriebene Kooperation weiter vertieft wurde. Das militärische FGAN-FOM wurde zum 01.01.2010 mit dem weitgehend für zivile Zwecke tätigen Fraunhofer-Institut für Informations- und Datenverarbeitung (IITB) zum Fraunhofer-Institut für Optronik, Systemtechnik und Bildauswertung (IOSB) verschmolzen. Das Besondere: Der langjährige IITB-Chef Prof. Jürgen Beyerer ist in Personalunion Inhaber des KIT-Lehrstuhls für Interaktive Echtzeitsysteme. Eine für die Rüstungslobby gelungene Kombination [11]. Diese hat ihn inzwischen aus Dankbarkeit für die Militarisierung an allen Fronten zum Sprecher des militärischen Fraunhofer-Verbundes für Verteidigungs- und Sicherheitsforschung (VVS) befördert. Nur ein KIT-Projekt unter Leitung von Prof. Beyerer und Prof Wünsche (Bunderwehr-Uni München) sei herausgegriffen, die „unbemannten

kognitiven Landfahrzeuge“, Kampfmaschinen für Hunter-Killer-Missionen, wie diese zu Recht von german-foreign-policy charakterisiert worden sind [12a] [12b]. Auf parlamentarische Anfragen wurde vertuschend reagiert. Schließlich konnte der militärische Forschungszweck, für den eigens auf dem Gelände einer Ex-Kaserne ein Instituts-Komplex [13] errichtet worden war, bewiesen werden. In einem Schreiben [14] an die Landtagsabgeordneten Dr. Gisela Splett (Grüne) und Johannes Stober (SPD) wurde das im Oktober 2011 anhand der Quellen aufgezeigt, der Verstoß gegen die Großforschungsklausel [6] festgestellt und an den Tabu-Bruch „Kern- und Waffenforschung unter einem Dach“ erinnert. Immerhin konnte später eine erneute Doppelberufung KIT/IOSB mit zivilmilitärischem KIT-Lehrstuhl à la Beyerer [15] gestoppt werden.

V. KIT-Forschung für „NSA“ und Geheimdienste

Im September 2013 wurde aufgrund des ARD-Magazin „Fakt“ bekannt, dass der KIT-Sprachforscher Prof. Alex Waibel für die „NSA“ forscht, ein eigenes Militärforschungs-Institut in den USA betreibt und im KIT-Schwerpunkt Anthropomatik und Robotik – raten Sie mal mit wem – Prof. Beyerer zusammen arbeitet. Die billigen Rechtfertigungsversuche sind von Christoph Marischka in der IMI-Analyse 2013/028 [16] gut zusammen gefasst worden.

VI. KIT-Forschung für das Pentagon

Dieselbe Methode der Falsch-Information und Vertuschung herrschte bei den Pentagon-finanzierten Projekten an 22 Hochschulen vor, die zur gleichen Zeit vom NDR veröffentlicht wurden. Und das KIT ist natürlich dabei. Nach dem KIT-Präsidenten nur in einem Projekt. Aufgrund der Antworten auf eine Bundestagsanfrage der LINKEN waren es aber fünf. Alles „reine Grundlagenforschung“ wie beteuert wurde. Zum Verfahren der Artikel „Die akademische Gilde der Vertuscher“ [17] und zur Sache die Antwort der Initiative gegen Militärforschung Universitäten an den KIT-Präsidenten [18]. Über ein Projekt mit Finanzierung durch die US-Kriegsmarine-Behörde (ONR) Unverblühtes aus dem Munde eines britischen Rüstungsforschers: Die ONR-finanzierte Informatik-Forschung dient der Modernisierung der Kriegführung.

VII. Uni-Kerntechnik-Institut IKET friedlich für militärische Zwecke

Im Mai 2014 wurde bekannt, dass am Uni-Institut für Kern- und Energietechnik (IKET) Forschung für eine neuartige geräuschlose Flüssigmetallkühlung für große Atomreaktoren betrieben wird. Diese ist besonders für Atom-U-Boote geeignet, weil damit eine Erkennung durch den „Feind“ erschwert wird. Die „Initiative gegen Militärforschung an Universitäten“ hatte dazu im Vorfeld des KIT-Podiums „Ethik der Wissenschaften und militärische Forschung“ am 18. Mai in eine Presse-Mitteilung [19] herausgegeben. Unter Bezug auf den Bruch des KIT-Gesetzes [6] wird die unverzügliche Beendigung solcher Forschung gefordert. Aufgrund Untätigkeit des KIT griff die Grüne Bundestagsfraktion das in einer Kleinen Anfrage auf mit erneut nichts sagenden Antworten. Im NRhZ-Artikel unter dem Titel „Zivil-militärische Atomforschung am KIT - Gesetzesbruch mit »Kriegs«ansage“ [20] können die Zusammenhänge studiert werden.

Novellierung des KIT-Gesetzes in Arbeit

Wann wird endlich etwas getan? Die Initiative hatte sich bereits zu dessen Amtsantritt an den neuen KIT-Präsidenten Prof. Holger Hanselka [21] gewandt, der als Vize-Präsident der TU Darmstadt die Einführung der dortigen Zivilklausel begleitet hatte, aber jetzt als KIT-Präsident nichts mehr davon wissen will. Die Studierenden und der AStA, die von Beginn an aufgrund des Votums im Januar 2009 hinter der Forderung nach der einheitlichen KIT-Zivilklausel stehen, hatten noch Ende August 2014 [22] die Forderung nach der Zivilklausel mit überzeugenden Argumenten bekräftigt. Es gibt einen neuen Ansatz, den fortgesetzten Tabu-Bruch zu brechen, nämlich die anstehende Novellierung des KIT-Gesetzes. Dazu befragte der AStA den KIT-Präsidenten mit dem lapidaren Ergebnis: „Wir bleiben bei dem, was wir haben.“ [23] im Magazin Ventil Seite 7.

Zumindest Uni-Institute IKET und IFRT ins Zivilklausel-Regime

Das ist nach allem Dargelegten völlig unakzeptabel. Wie mehrfach begründet, ist KIT ein Zivil-Militärisch-Universität-Industrieller Komplex [24] geworden, verbunden mit dem unerträglichen Aspekt „Kern- und Waffenforschung unter einem Dach“. Die nicht unterschreitbare Mindestforderung besteht darin, wie unter Ziff. III gefordert, die beiden Uni-Kerntechnik-Institute in den Geltungsbereich der Teil-Zivilklausel-Bestimmung einzubeziehen. Entsprechende Initiativen seien hiermit angestoßen.

Schlussbemerkungen

Die der Aufklärung Verpflichteten dürfen sich nicht dadurch entmutigen lassen, dass durch ständige Ignoranz oder durch Wiederholung das Unwahre zum Wahren gemacht wird.

Einzelheiten der eingangs erwähnten Veranstaltung am 29. April im Redtenbacher-Hörsaal (Ehrenhof Nähe Uni Haupteingang) um 18-20 Uhr werden in Kürze mitgeteilt.

Zur Abrundung noch zwei im Gesamtkontext relevante Quellen:

- Streitschrift „Jetzt entrüsten“ [25] über Tagung am KIT Karlsruhe im Juni 2012 über Verantwortung der Wissenschaft, Zivilklausel, Rüstungs- und Atomforschung
- Broschüre zum Gruenbaum-Symposium [26] des Forum | Ludwig Marum

Über den Autor: Dr.-Ing. Dietrich Schulze (Jg. 1940) war nach 18-jähriger Forschungstätigkeit im Bereich der Hochenergie-Physik von 1984 bis 2005 Betriebsratsvorsitzender im Forschungszentrum Karlsruhe. 2008 gründete er mit anderen in Karlsruhe die Initiative gegen Militärforschung an Universitäten (Web-Doku www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.pdf). Er ist Beiratsmitglied der NaturwissenschaftlerInnen-Initiative für Frieden und Zukunftsfähigkeit sowie in der Initiative „Hochschulen für den Frieden – Ja zur Zivilklausel“ und publizistisch tätig.

Nachträge

1. Die lokalen baden-württembergischen Landtagsabgeordneten Alexander Salomon (Grüne Fraktion), Dr. Gisela Splett (Grüne Fraktion) und Johannes Stober (SPD-Fraktion) sind zur Veranstaltung am 29. April mit MdB Sylvia Kotting-Uhl von der „Initiative gegen Militärforschung an Universitäten“ eingeladen und gebeten worden, in einer gemeinsamen Anstrengung bei der anstehenden Novellierung des KIT-Gesetzes wenigstens die Einbeziehung der beiden benannten Uni-Kerntechnik-Institute in den Geltungsbereich der Teil-Zivilklausel für Großforschungsaufgaben erwirken zu helfen.
2. Der beschriebene Internationale Appell vom Mai 2009 war in einem NGO meeting im Rahmen der Nonproliferation Treaty (NPT) Konferenz 2009 in New York initiiert worden. In der Zeit von 27. April - 22. Mai wird die diesjährige NPT-Konferenz in New York stattfinden. Es ist möglich, dass die damaligen Organisatoren zum 6. Jubiläum eine Grußbotschaft an die Veranstaltung im Redtenbacher-Hörsaal richten werden.
3. Die Anzahl der relevanten Ereignisse zum Artikel ist derart groß, dass nur eine kleine Auswahl berücksichtigt werden konnte, um die LeserInnen nicht allzu sehr zu überschütten. Im Text wird lediglich einmal auf Rudolf Greifeld (1911-1984) hingewiesen. Unter dem Titel „Die unendliche Geschichte des KIT-Atom-Nazi-Ehrensensors“ ist Ende 2014 eine lange Liste von relevanten Dokumenten veröffentlicht worden, in denen mehrfache Brücken zum aktuellen NRhZ-Artikel nachgelesen werden können. Hier der link <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20141220.pdf>
4. Die Atomkriegsgefahr in Europa war noch nie so groß wie seit der 1983 verhinderten Atomraketensstationierung. Das ist erstmals dankenswerter Weise in „Monitor“ am 9. April 2015 unter dem Titel „Atomkrieg in Europa? Die Rückkehr der nuklearen Gefahr“ mit Zitaten von Politikern belegt worden <http://www1.wdr.de/daserste/monitor/sendungen/AtomkriegEuropa100.html>. Der Autor hatte bereits vor einem Vierteljahr unter dem Titel „Wo bleibt der weltweite Aufschrei“ <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=21149> auf den verheerenden Beschluss des US-Repräsentantenhauses mit der faktischen Ermächtigung von Präsident Obama zu einem Atomschlag gegen Russland hingewiesen. Was in den Hochschulen entschieden und dringend gebraucht wird, sind Friedens- statt Kriegsbeiträge.
5. Trotz der kritischen Anmerkung in Ziff. 3 konnte am 18. April ein übersehenes Schlüsseldokument ausgegraben werden, die von der Initiative gegen Militärforschung an Universitäten am 21. März 2011 an KIT übergebene Unterschriftenliste für eine KIT-Zivilklausel mit 450 Unterzeichneten, Darin finden sich aufgrund der fortgeführten Sammlung zum Internationalen Appell 2009 viele internationale Persönlichkeiten u.a. der Bürgermeister von Hiroshima. Darunter auch Winfried Kretschmann und Dr. Nils Schmid aus Baden-Württemberg, über 30 ProfessorInnen, WissenschaftlerInnen, Studierende, GewerkschafterInnen und ParlamentarierInnen. Für Zivilklausel-Tagungen wurden alle in einer Wandzeitung mit ausgewählten Fotos verewigt. Lassen Sie sich in der Veranstaltung am 29. April überraschen.

Netzadresse: <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20150429.pdf>

Zivil-militärische Atomforschung am KIT: KA der GRÜNEN Bundestagsfraktion

Gesetzesbruch mit „Kriegs“ansage

von Dietrich Schulze

Die Bundestagsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen hat am 28. November auf Initiative der atompolitischen Sprecherin MdB Sylvia Kotting-Uhl eine Kleine Anfrage (KA) an die Bundesregierung unter dem Titel „Zivil-militärische Atomforschung am Karlsruher Institut für Technologie“ [1] gestellt.

Heißes Antiatom-Info

Zugrunde liegt eine Information der Antiatom-Bewegung von Anfang Mai 2014 [2], wonach das KIT an Atomreaktoren arbeite, die bestens für Atom-U-Boote geeignet seien und schon auf Interesse bei Atomwaffen-Mächten gestoßen sei.

Kurz darauf hatte die „Initiative gegen Militärforschung an Universitäten“ eine Pressemitteilung [3] herausgegeben, in der unter Bezug auf das Antiatom-Info im Vorfeld des KIT-Podiums „Ethik der Wissenschaften und militärische Forschung“ am 18. Mai wegen des Bruchs des KIT-Gesetzes die unverzügliche Beendigung solcher Forschung gefordert wird. Ähnlich der Autor in Neue Rheinische Zeitung „Atomare Militärstiefel ausziehen“ [4].

Das KIT-Gesetz enthält nämlich folgende Bestimmung: "Zur Wahrnehmung der Großforschungsaufgabe betreibt das KIT im Interesse der Allgemeinheit Forschung und Entwicklung zu friedlichen Zwecken vorwiegend auf dem Gebiet der Technik und ihrer Grundlagen."

„Atoms for Peace“

In der PM der Initiative vom 20. Mai [5] in Auswertung des Podiums wird eine Publikumsfrage zu „Atoms for Peace“ (US-Präsident Eisenhower am 8. Dezember 1953 vor der UN-Vollversammlung) zitiert. Dazu hatte der Autor als Podiumsteilnehmer erklärt, dass für KIT-Großforschungsaufgaben wie die Atomforschung der „friedliche Zweck“ satzungsgemäß sei und weiter „dass das KIT entgegen Atomausstieg nicht nur an der Forschung für neue Atomreaktoren festhalte, sondern an einem neuen Kühlsystem für Großreaktoren forsche, das wegen der Geräusch-Armut besonders für militärische Zwecke (Atom-U-Boote) geeignet sei. Ein glatter Verstoß gegen die o.g. KIT-Bestimmung. Unter Beifall forderte er, die KIT-Atomreaktorforschung unverzüglich einzustellen. Die KIT-Vizepräsidentin behauptete hingegen, dass die KIT-Atomforschung ausschließlich der Stilllegung diene.“

Atomforschung nur für Stilllegung?

KIT-Präsident Prof. Dr. Holger Hanselka weiß als Maschinenbauingenieur natürlich besser, dass diese Aussage der KIT-Vizepräsidentin (als KIT-Juristin für Personal und Recht zuständig) barer Unsinn war. Er kann auch nicht behaupten, dass er davon nichts mitbekommen hätte. Anlässlich



Holger Hanselka (KIT), Johanna Wanka (BMBF) und Winfried Kretschmann (MP BW)

Quelle: Collage Dietrich Schulze. Fotos: wiki und KIT

einer Protestaktion am 21. Mai im KIT-Ehrenhof über zu geringe Hochschulfinanzierung war die PM der Initiative [5] als Flyer verteilt und Holger Hanselka persönlich überreicht worden.

KIT innig mit Schwarz-Grün-Rot

Die baden-württembergische Landesregierung, die für die Einhaltung des KIT-Gesetzes als Landesgesetz zuständig ist, kann ebenfalls nicht sagen, dass sie von nichts weiß. Man muss unterstellen, dass wenigstens die Stuttgarter Zeitung gelesen wird, die das Thema aufgegriffen hatte [6]. Da gleich mehrere Ministerien von der benannten KIT-Atomforschung betroffen sind, muss sich Ministerpräsident Winfried Kretschmann verantwortlich fühlen.

Für Großforschungsangelegenheiten („Helmholtz-Gemeinschaft“) ist die Bundesregierung zuständig. Prof. Dr. Johanna Wanka, die Bundesministerin für Bildung und Forschung, muss also Bescheid wissen.

Das bedeutet, seit einem halben Jahr wissen Holger Hanselka, Johanna Wanka und Winfried Kretschmann Bescheid und schweigen gemeinsam über einen Gesetzesbruch. Das ist in dreifacher Hinsicht eine „Kriegs“ansage, nämlich gegen Recht und Gesetz, gegen den Atomausstieg und gegen den vorgeschriebenen friedlichen Zweck.

Ist es angesichts dieser dramatische Sachlage unangemessen, diese Dreieinigkeit von KIT, Land und Bund als „trio disastroso“ zu charakterisieren?

Kleine Anfragen sind von der Bundesregierung in einer Zweiwochenfrist zu beantworten. Sie kann jedoch eine Fristverlängerung beanspruchen, falls sie zur detaillierten Beantwortung von Einzelfragen mehr Zeit benötigt. Man darf gespannt sein.

Facts zur Atom- und Kriegspolitik

Auf einschlägige Zusammenhänge mit dem KIT Karlsruhe sei verwiesen:

- die Vorträge von Harry Block, Energie- und atompolitischer Sprecher des BUND Mittlerer Oberrhein, z.B. Ende Juni in Ludwigsburg über „Karlsruhe – Das Spinnennetz der Atomforschung“ [7]
- den NRhZ-Beitrag des Autors „Rüstungskonversion und Zivilklausel“ [8] im Ergebnis der Veranstaltung mit Jürgen Grässlin mit Hinweis auf die militärische KIT-Atomforschung und
- den NRhZ-Beitrag des Autors „Sagt dem Bombendeal adieu“ [9] über die brasilianische Atomwaffen-Option im Kontext mit der Fortsetzung des deutsch-brasilianischen Atomvertrags zur „friedlichen Nutzung der Kernenergie“.

Gesetzverstöße gegen Zivilklauseln

Im NRhZ-Beitrag des Autors „Zivilklausel-Verstöße: Was tun?“ [10] vom 15. Oktober war die verpflichtende Friedensbindung durch Zivilklauseln mit der bitteren Realität am Beispiel der Hochschulorte Bremen, Tübingen, Rostock, Kassel und Karlsruhe in Beziehung gesetzt worden.

Für Karlsruhe war der Gesetzesverstoß mit der militärischen KIT-Atomforschung behandelt worden und ein Gesprächstermin mit MdB Sylvia Kotting-Uhl angedeutet worden, der nunmehr in eine praktische Handlung umgesetzt wurde.

Dieser Gesetzesverstoß ist die Spitze des Eisbergs, der abgeschmolzen gehört. Die in [10] zitierte Schlussfolgerung: „Die Zivilklausel ist und bleibt trotz aller geschilderten Probleme ein Pfahl im Fleische der Militarisiert aller Couleur“ steht weiter zur praktischen Umsetzung an.

Am 29. August hatte der KIT AStA an die erste 2009 von Studierenden per Urabstimmung geforderte Zivilklausel für das KIT unter dem Titel „Kriege in und um Europa: Zivilklausel am KIT einführen!“ erinnert [11].

Zivilklausel-Arbeitstreffen in Berlin

Genau dem dient das Zivilklausel-Arbeitstreffen „6 Jahre aktuelle Zivilklausel: Erfolge, Niederlagen, Probleme“ am 24./25. Januar 2015 in Berlin [12]. Die obige Thematik wird im AK „Wie die Zivilklausel gegen Verstöße verteidigen?“ unter Moderation des Autors behandelt. Der „freie Zusammenschluss von studentInnenschaften“ (fzs) konnte als Mitveranstalter gewonnen werden. Es wirken mit der Verfassungsrechtler Erhard Denninger, der im oben besprochenen KIT-Podium eine bedeutende Rolle gespielt hatte, der Erziehungswissenschaftler Gregor Lang-Wojtasik, der für seine PH eine Zivilklausel fordert, und die GEW-Vorsitzende Marlis Tepe, eine bekannte und bewährte Unterstützerin der Zivilklausel-Bewegung.

Es wäre sehr nett, wenn die LeserInnen diese Einladung [12] an befreundete ASten, Hochschul- und Friedensgruppen mit der Bitte um Teilnahme weiter leiten könnten.

5 Jahre Bildungsstreik

Zu diesem geschichtlich hochinteressanten Thema will der KIT AStA im Dezember eine Zwischenbilanz ziehen [13]. Er erinnert an die Slogans "KIT brennt" und "Liebes Bildung wir retten Dir!" zur Hörsaalbesetzung 2009 im Daimler, Benz und Redtenbacher im Rahmen des bundesweiten Bildungsstreiks. Der AStA bittet in Anknüpfung an den Bildungsstreik um Vorschläge. Diese Erinnerung ist von Bedeutung allein deswegen, weil über eine entsprechende bundesweite Wiederholung, die nach wie vor voll berechtigt wäre, heutzutage noch nicht einmal diskutiert wird.

Beim Karlsruher Bildungsstreik gab es eine hochpolitische Friedenskomponente. In Zusammenarbeit mit der Gewerkschaftlichen Studierendengruppe (GSKa) und dem damaligen ver.di-Bezirksleiter Jürgen Ziegler war etwas Einmaliges gelungen, der bewegende Auftritt des US-amerikanischen Friedenswissenschaftlers Subrata Ghoshroy aus dem Massachusetts Institute of Technology (MIT) unter dem Titel „KIT meets MIT“ im voll besetzten Streikhörsaal Redtenbacher. Ghoshroy warnte vor einer Nachahmung der vollständig militarisierten US-Universitäten, belegte das am Beispiel des MIT und unterstützte die Zivilklausel (Civil Clause). Hier eine Zusammenstellung [14] zur Vor- und Nachbereitung dieses Meilensteins der Zivilklausel-Bewegung. Auch am MIT beginnt sich etwas gegen die Militarisierung zu regen [15].

Quellen:

[1] <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/18/033/1803399.pdf>

[2] <http://neckarwestheim.antiatom.net/blog/1106-atomforschung-in-karlsruhe>

[3] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20140511.pdf>

[4] <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=20335>

[5] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20140520.pdf>

[6] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20140522.pdf>

[7] <http://www.die-anstifter.de/veranstaltungen/neue-atomreaktoren-aus-baden-wuerttemberg-karlsruhe-das-spinnennetz-der-atomforschung/>

[8] <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=20946>

[9] <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=21003>

[10] <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=20882>

[11] <http://www.asta-kit.de/archiv/news/2014-08-29-kriege-und-um-europa-zivilklausel-am-kit-einfhren>

[12] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20141118.pdf>

[13] <http://www.asta-kit.de/archiv/news/2014-11-17-5-jahre-bildungsstreik-zwischenbilanz-im-dezember>

[14] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20141201.pdf>

[15] <http://radius.mit.edu/programs/militarization-university>

Über den Autor:

Dr.-Ing. Dietrich Schulze (Jg. 1940) war nach 18-jähriger Forschungstätigkeit im Bereich der Hochenergie-Physik von 1984 bis 2005 Betriebsratsvorsitzender im Forschungszentrum Karlsruhe. 2008 gründete er mit anderen in Karlsruhe die Initiative gegen Militärforschung an Universitäten (WebDoku www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.pdf). Er ist Beiratsmitglied der NaturwissenschaftlerInnen-Initiative für Frieden und Zukunftsfähigkeit sowie in der Initiative „Hochschulen für den Frieden – Ja zur Zivilklausel“ und publizistisch tätig.

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Sylvia Kotting-Uhl, Dr. Franziska Brantner, Katja Dörner, Kai Gehring, Ulle Schauws, Tabea Rößner, Elisabeth Scharfenberg, Maria Klein-Schmeink, Kordula Schulz-Asche, Dr. Harald Terpe, Doris Wagner, Beate Walter-Rosenheimer und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Zivil-militärische Atomforschung am Karlsruher Institut für Technologie

Das Karlsruher Institut für Technologie (KIT) wurde am 1. Oktober 2009 als ein Zusammenschluss aus dem Forschungszentrum Karlsruhe (FZK) und der Universität Karlsruhe gegründet. Es verbindet die Aufgaben einer Forschungseinrichtung der Helmholtz-Gemeinschaft mit denen einer Universität des Landes Baden-Württemberg. Schwerpunkt des früheren Forschungszentrums, das im Jahr 1956 durch den Bundesminister für Atomfragen als Reaktorbau- und Betriebsgesellschaft mbH gegründet und später zunächst in „Gesellschaft für Kernforschung mbH“ und später in „Kernforschungszentrum Karlsruhe GmbH“ (KfK) umbenannt wurde, war die Atomforschung. Diese wird auch heute noch am KIT betrieben.

In § 2 („Aufgaben“) Absatz 3 des Gesetzes über das Karlsruher Institut für Technologie (KIT-Gesetz – KITG) vom 14. Juli 2009 wird festgelegt, dass das KIT „zur Wahrung der Großforschungsaufgabe im Interesse der Allgemeinheit Forschung und Entwicklung zu friedlichen Zwecken vorwiegend auf dem Gebiet der Technik und ihrer Grundlagen“ betreibt.

Anti-Atom-Initiativen kritisieren, dass an einigen Instituten des KIT an bestimmten Technologien geforscht wird, die auch zu anderen – vor allem militärischen – Zwecken genutzt werden können. So würden am Institut für Kern- und Energietechnik (IKET) neben kleinen modularen Atomreaktoren (SMR) u. a. Technologien zur Flüssigmetallkühlung erforscht, die zur Kühlung großer Atomreaktoren verwendet werden und auch besonders für die Geräuschlosigkeit und erschwerte Ortung von Atom-U-Booten geeignet seien (www.neckarwestheim.antiatom.net/blog/1106-atomforschung-in-karlsruhe).

Die Bundesregierung finanziert die Forschung am KIT über Fördermittel, die an die Helmholtz-Gemeinschaft vergeben werden.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über bereits bestehende U-Boot- oder SMR-relevante Forschungsprojekte am KIT (auch im Sinne von „Dual Use“, bitte detailliert nach den folgenden Bereichen aufschlüsseln:
 - Elektromobilität: Batteriespeicher, Antriebstechnik
 - Wasserstofftechnologie: Antriebstechnik, Lagerung, Explosionsprävention bei kleinen, kompakten Reaktoren
 - Reaktortechnik, Flüssigmetallkühlung
 - Numerische Simulationen
 - Materialwissenschaften)?
2. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über bestehende oder geplante Lizenzen, Patente oder Firmen-Ausgründungen des KIT, die für atom- oder wasserstoff-angetriebene U-Boote entsprechende Technologien zum Gegenstand haben (auch im Sinne von „Dual Use“, bitte detailliert aufschlüsseln)?
3. Inwiefern verstößt nach Auffassung der Bundesregierung diese Forschung, wenn sie für Atom-U-Boote geeignet ist, gegen §2 Absatz 3 des KIT-Gesetzes (bitte mit Begründung)?

Berlin, den 28. November 2014

Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Sylvia Kotting-Uhl, Dr. Franziska Brantner, Katja Dörner, weiterer Abgeordneter und der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 18/3399 –**

Zivil-militärische Atomforschung am Karlsruher Institut für Technologie

Vorbemerkung der Fragesteller

Das Karlsruher Institut für Technologie (KIT) wurde am 1. Oktober 2009 als ein Zusammenschluss aus dem Forschungszentrum Karlsruhe (FZK) und der Universität Karlsruhe gegründet. Es verbindet die Aufgaben einer Forschungseinrichtung der Helmholtz-Gemeinschaft mit denen einer Universität des Landes Baden-Württemberg. Schwerpunkt des früheren Forschungszentrums, das im Jahr 1956 durch den Bundesminister für Atomfragen als Reaktorbau- und Betriebsgesellschaft mbH gegründet und später zunächst in „Gesellschaft für Kernforschung mbH“ und später in „Kernforschungszentrum Karlsruhe GmbH“ (KfK) umbenannt wurde, war die Atomforschung. Diese wird auch heute noch am KIT betrieben.

In § 2 (Aufgaben) Absatz 3 des Gesetzes über das Karlsruher Institut für Technologie (KIT-Gesetz – KITG) vom 14. Juli 2009 wird festgelegt, dass das KIT „zur Wahrung der Großforschungsaufgabe im Interesse der Allgemeinheit Forschung und Entwicklung zu friedlichen Zwecken vorwiegend auf dem Gebiet der Technik und ihrer Grundlagen“ betreibt.

Anti-Atom-Initiativen kritisieren, dass an einigen Instituten des KIT an bestimmten Technologien geforscht wird, die auch zu anderen – vor allem militärischen – Zwecken genutzt werden können. So würden am Institut für Kern- und Energietechnik (IKET) neben kleinen modularen Atomreaktoren (SMR) u. a. Technologien zur Flüssigmetallkühlung erforscht, die zur Kühlung großer Atomreaktoren verwendet werden und auch besonders für die Geräuschlosigkeit und erschwerte Ortung von Atom-U-Booten geeignet seien (www.neckarwestheim.antiatom.net/blog/1106-atomforschung-in-karlsruhe).

Die Bundesregierung finanziert die Forschung am KIT über Fördermittel, die an die Helmholtz-Gemeinschaft vergeben werden.

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums für Bildung und Forschung vom 16. Dezember 2014 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

1. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über bereits bestehende U-Boot- oder SMR-relevante Forschungsprojekte am KIT (auch im Sinne von „Dual Use“, bitte detailliert nach den folgenden Bereichen aufschlüsseln:
 - Elektromobilität: Batteriespeicher, Antriebstechnik,
 - Wasserstofftechnologie: Antriebstechnik, Lagerung, Explosionsprävention bei kleinen, kompakten Reaktoren,
 - Reaktortechnik, Flüssigmetallkühlung,
 - numerische Simulationen,
 - Materialwissenschaften)?

Soweit der Bundesregierung bekannt und laut Stellungnahme des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT) werden keine „U-Boot- oder SMR-relevanten Forschungsprojekte“ am KIT durchgeführt.

2. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über bestehende oder geplante Lizenzen, Patente oder Firmen-Ausgründungen des KIT, die für atom- oder wasserstoffangetriebene U-Boote entsprechende Technologien zum Gegenstand haben (auch im Sinne von „Dual Use“, bitte detailliert aufschlüsseln)?

Soweit der Bundesregierung bekannt und laut Stellungnahme des KIT gibt es keine bestehenden oder geplanten Lizenzen, Patente oder Firmen-Ausgründungen, die für atom- oder wasserstoffangetriebene U-Boote entsprechende Technologien zum Inhalt haben (auch im Sinne von „Dual Use“).

3. Inwiefern verstößt nach Auffassung der Bundesregierung diese Forschung, wenn sie für Atom-U-Boote geeignet ist, gegen § 2 Absatz 3 des KIT-Gesetzes (bitte mit Begründung)?

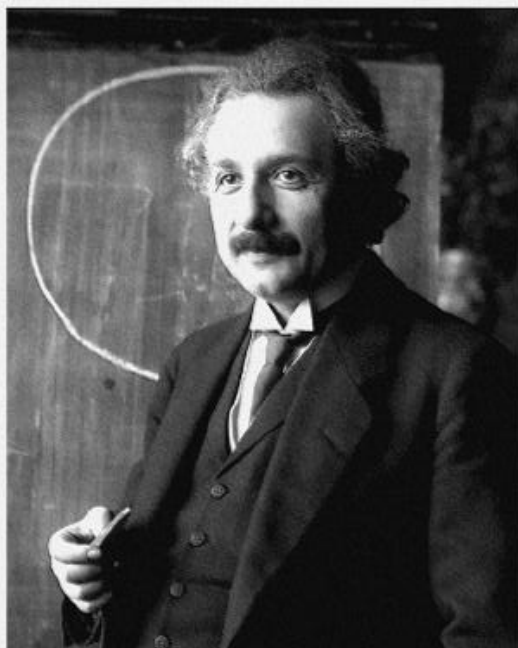
Auf die Antwort zu Frage 1 wird verwiesen.

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums für Bildung und Forschung vom 16. Dezember 2014 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

Das Denken und
die Methoden der
Vergangenheit konnten
die Weltkriege nicht
verhindern, aber das
Denken der Zukunft
muss Kriege unmöglich
machen.

(Albert Einstein)





[Versprechen schon wieder gebrochen!](#)
09.05.2012 faktencheck-bw.de



INITIATIVE
GEGEN ▼ MIL
ITÄRFORSCH
UNG ▼ ANUNI
VERSITÄTEN

[WebDokumentation der Initiative](#)



[Zivilklausel ins KIT- und Hochschulgesetz!](#)
01.10.2011 Theresia Bauer und Horst Hippler



[Erneute Diskussion über Rüstungsforschung
am KIT](#) 02.12.09 ka-news.de

Deine Meinung zählt! Jetzt abstimmen!

Das Studierendenparlament hat beschlossen, eine Urabstimmung zur Zivilklausel an der Universität Karlsruhe durchzuführen. Damit ist jeder Studierende aufgefordert, sich zu dieser richtungweisenden Frage zu äußern. Der Abstimmungsort lautet:

In das Gesetz für das
Karlsruhe Institute of Technology (KIT)
soll die Bestimmung aufgenommen werden

**„Das KIT verfolgt nur
friedliche Zwecke.“**

Frieden und freie Forschung
JA zur Zivilklausel am KIT



Urabstimmung 19. bis 23. Januar
in der Mensa und Deiner Fachschaft



Wortlaut der zwei Fragen bei der
Urabstimmung:

I. In das Gesetz für das Karlsruhe
Institute of Technology (KIT) soll die
Bestimmung aufgenommen werden
"Das KIT verfolgt nur friedliche Zwecke."
JA / NEIN / Enth.

II. Wenn es die Formulierung "Das KIT
verfolgt nur friedliche Zwecke." in der
Grundordnung bzw. dem Gesetz des KIT
gibt, sollte es dann dem Senat gestattet
sein, einstimmig über die Genehmigung
strittiger Fälle zu befinden?
JA / NEIN / Enth.